

Redaktionelle Vorbemerkung

Autor(en): **Lienhard, Richard**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **53 (1974)**

Heft 10

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-338885>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Pro und Kontra «Tagwacht»-Initiative

Redaktionelle Vorbemerkung:

Es ist nicht das erstemal, dass unsere Zeitschrift zum Fremdarbeiterproblem Stellung nimmt. Verwiesen sei auf «Profil» Nr. 2/74 S. 42 ff. wo die grundsätzliche Seite dieses Themas beleuchtet wurde. Vor der Abstimmung über die dritte Überfremdungsinitiative und angesichts der Tatsache, dass bereits die vierte Überfremdungsinitiative eingereicht sowie eine fünfte wenigstens lanciert ist, stellt sich kategorisch die Frage, ob es sich die SPS auf die Dauer ungestraft leisten kann, ohne Alternative vor die Stimmberechtigten zu treten. Wer nach dem Rezept «dass nicht ist, was nicht sein darf» die Stimmung in weiten Kreisen der Werktätigen nicht realisieren will, der läuft Gefahr, der unvertretbaren dritten Überfremdungsinitiative Schützenhilfe zu leisten. Im Schosse von Arbeitsgruppen oder an Tagungen nur immer über das Fremdarbeiterproblem reden, reden und reden genügt nicht mehr und kann sogar schädlich sein. Der Zeitpunkt ist gekommen, wo Worte in die Tat umzusetzen sind. Die eindeutige Stellungnahme der sozialdemokratischen Nationalratsfraktion zu der dritten Überfremdungsinitiative darf nicht im luftleeren Raum bleiben. Eine sozialdemokratische Alternative zu den Überfremdungsinitiativen – kommen sie, woher sie wollen – drängt sich auf.

Die SPS befand sich von jeher gegenüber dem Überfremdungsproblem in einem verständlichen Dilemma: ihre ideologische Verbundenheit mit der internationalen Arbeiterbewegung verbot es dieser Partei, ihre Stimme gegen die ausländischen Arbeitskräfte zu erheben. Ihre Zurückhaltung in dieser Frage verdient Respekt, war doch vorauszusehen, dass sie sich politisch schlecht auszahlen werde. Sie diene insbesondere jenen Kreisen, welche mit gutem Instinkt die Möglichkeit einer Spaltung der organisierten Arbeiterschaft witterten. Dass die SPS in einem so fortgeschrittenen Stadium nicht mehr aus ihrem Dilemma herauskommt, kann man ihr nicht verargen. Warum aber soll nicht von der Basis her ein Anstoss zu einer praktischen Lösung ausgehen?

In diesem Licht ist die Initiative der «Tagwacht» zu würdigen. Richard Müller, Kurt Schweizer und Max Weber verdienen unsern Dank, dass sie mit ihrem Vorschlag die Weichen zu einer Diskussion um eine praktische Lösung gestellt haben. Diese Initiative ist auch deshalb zu begrüßen, weil der von der Katholischen Arbeitnehmerbewegung der Schweiz (KAB) ausgearbeitete Vorschlag mit einem unübersehbaren Mangel behaftet ist; denn diese Initiative – auch Mitenand-Initiative genannt – geht mit Bezug auf die Forderung nach Stabilisierung der ausländischen Wohnbevölkerung nicht einmal so weit wie das Konzept des Bundesrates und bedeutete daher Öl in das von der Nationalen Aktion entfachte Feuer. Angesichts des Eifers der Katholischen Arbeitnehmerbewegung ist zudem die Frage

angebracht, ob hier nicht vor allem kulturpolitische Überlegungen mit-spielen.

Erstaunlich ist die Opposition gegenüber der «Tagwacht»-Initiative aus jenen Kreisen, die bei jeder Gelegenheit auf die Bedeutung der «Basis unserer Partei» hinweisen. Jetzt aber, da die Basis einmal Initiative entwickelt, wird kritisiert, dass die Initianten nicht rechtzeitig den Segen der Parteispitze eingeholt hätten. Die Initiative liegt übrigens ganz auf der Linie sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik: dass die Sozialdemokratie ihren Einfluss auf das Wirtschaftsleben geltend machen soll und muss, verdient die Unterstützung all jener, die den Glauben an die Organisationsbedürftigkeit der Wirtschaft noch nicht verloren haben. Was liegt heute näher, als dass dieser Einfluss über den Arbeitsmarkt geltend gemacht wird?

Der moralisierende Hinweis auf humanitäre Überlegungen vermag nicht zu überzeugen. Angesichts der beschränkten Mittel, welche der öffentlichen Hand für die Infrastruktur der ausländischen Wohnbevölkerung zur Verfügung stehen, werden humanitäre und soziale Verpflichtungen gegenüber den ausländischen Arbeitskräften nicht unabhängig von ihrer Zahl erbracht werden können.

Im folgenden veröffentlichen wir die Stellungnahme der «Tagwacht» mit dem entsprechenden Text der Initiative. Darauf geben wir den Überlegungen der Ausländerkommission der SP und des Gewerkschaftskartells Basel-Stadt Raum. RL

Wollt Ihr eine Initiative?

Seit mehr als einem Jahrzehnt beschäftigt die Überfremdung der Schweiz unser Volk. Während vieler Jahre hat der Bundesrat die Zügel einfach schleifen lassen und den «Bedürfnissen der Wirtschaft» nachgegeben. Andere Länder, auch sozialdemokratisch regierte, haben eine viel härtere Einwanderungsgesetzgebung als die Schweiz. Wir sind an einem Punkt angelangt, wo es nicht mehr nur um die Stabilisierung der ausländischen Wohnbevölkerung geht, sondern auch ein Abbau ins Auge gefasst werden muss.

– Im Oktober dieses Jahres stimmt das Schweizervolk über die Initiative der Nationalen Aktion ab. Wenn sie angenommen würde, müssten innert dreier Jahre Hunderttausende von Ausländern, auch Niedergelassene, ihre Koffer packen. Einer solchen Holzhammerlösung können wir nicht zustimmen. Die Initiative ist aber auch wirtschaftlich gefährlich. Wenn Hunderttausende von Arbeitsplätzen innert kürzerer Zeit leergefegt werden, wird es im Gebälk der Wirtschaft mehr als nur krosen.

– Der Bundesrat hat es abgelehnt, dem unsinnigen Volksbegehren der Nationalen Aktion einen vernünftigen Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Sozialdemokraten und Gewerkschaften hatten dies gefordert. Der